

APRIL '17/NR. 2



GREENFO

INFORMATIONSBULLETIN DER GRÜNEN SCHWEIZ

- > WIE WEITER NACH DEM NEIN ZUR UNTERNEHMENSSTEUERREFORM 3
- > ENERGIEWENDE 4+5
- > #GRÜNEDEBATTE17 8

ERNEUERBAR

STATT ATOMAR:

ENERGIESTRATEGIE JA!





Pünktlich zum Frühlingserwachen startet die Unterschriftensammlung für die Initiative zum «Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten». Sie wurde von den Jungen Grünen gemeinsam mit der GSoA lanciert und kann auf die Unterstützung der Grünen zählen. Laden Sie noch heute Unterschriftenbogen auf www.gruene.ch herunter. Kein Schweizer Geld für die Kriege dieser Welt!

DER «GRÜNRUTSCH» GEHT IN DIE NÄCHSTE RUNDE!

Die Grünen sind seit den Eidgenössischen Wahlen 2015 flott unterwegs. Nach den Erdrutschsiegen im Wallis (+6) und in Neuenburg (+5) liegen wir bei den Sitzgewinnen in Kantonsparlamenten prozentual gesehen an der Spitze, in absoluten Zahlen (+12) auf Platz zwei aller Parteien. Auch in lokalen Urnengängen konnten wir in den letzten Monaten punkten. So wurde Alec von Graffenried zum ersten grünen Stadtpräsidenten von Bern gewählt. Und Jürg Altwegg hat den Regierungssitz in Winterthur souverän verteidigt. Wir werden immer wieder gefragt, wie wir uns diese grüne Erfolgswelle erklären. Sie hat viele Mütter und Väter: Erstens spielen die Grünen als Bollwerk gegen den Rechtspopulismus eine zentrale Rolle. Der Durchmarsch von autoritären und

nationalistischen Kräften in den USA, in Grossbritannien oder in der Türkei zeigt: Wenn wir unsere Werte von Demokratie, sozialem Ausgleich, gesellschaftlicher Öffnung und Klimaschutz nicht aktiv verteidigen, dann werden sie von den Rechtspopulisten ausradiert. Heute ist deshalb nicht mehr die unverbindliche Mitte gefragt. Sondern klare Haltungen und Werte – und eine Politik, die den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen mit sozialer Gerechtigkeit und dem Kampf für demokratische Grundrechte verbindet. Also grün. Ernten können wir heute auch die Früchte der beiden nationalen Initiativkampagnen 2016. Das hervorragende Resultat von 46 Prozent Ja-Stimmen zur Atomausstiegsinitiative hat die Türen für die Energiestra-

tegie 2050 weit geöffnet. Findet sie in der Abstimmung vom 21. Mai eine Mehrheit, dann können wir ein uraltes Anliegen der Grünen – das Neubauverbot von AKW – endlich über die Ziellinie bringen. Weitere Erfolge sind auch bei den Wahlen im Kanton Waadt möglich. Der «Grünrutsch» geht also in die nächste Runde. Damit er langfristig anhält, wollen wir weiter in die Stärkung unserer Parteistrukturen und in die Entwicklung von nachhaltigen, emanzipatorischen Lösungen für die grossen Fragen unserer Zeit investieren. Mit #GrüneDebatte17 starten wir die grösste Basiskampagne in der Geschichte der Grünen. Machen Sie mit!

Regula Rytz, Nationalrätin BE,
Präsidentin Grüne Schweiz
@RegulaRytz

GRÜNE TERMINE: AN DIE AGENDEN!

Im Frühling 2017 spriessen die grünen Aktivitäten: An der **Delegiertenversammlung vom 29. April** können wir Jürgen Trittin, Bundestagsabgeordneter Bündnis 90/Die Grünen, in unserem Kreis begrüßen. Er war von 1998 bis 2005 Deutscher Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und wird u.a. die Mythen über die deutsche Energiewende demontieren. Die DV steht allen Mitgliedern offen (www.gruene.ch). Im März konnten die Waadtländer und Glarner Grünen ihren 20. bzw. 30. **Ge-burtstag** feiern. Auf 20 oder 30 Jahre En-

gagement können auch die Grünen Kanton Luzern (Anlässe: 30jahre.gruene-luzern.ch) und viele Berner Sektionen zurückblicken. Informationen zur #GrüneDebatte17 mit zwei nationalen **Debattentagen am 24. Juni und am 9. September** finden Sie auf Seite 8 und www.gruenedebatte.ch. Grüne an **1. Mai-Feiern**: Sibel Arslan (Biel und Basel), Natalie Imboden (Bern), Regula Bühlmann (Luzern), Hasim Sancar (Thun), Regula Rytz (Winterthur), Irène Kälin (Aarau und Baden), Astrid Estermann (Zug) und viele mehr (www.sgb.ch). In Zürich tritt der HDP-Abgeordnete Mithat Sancar auf.

Impressum

Greenfo – Informationsbulletin der Grünen Partei der Schweiz
Waisenhausplatz 21, 3011 Bern
Tel: 031 326 66 00
www.gruene.ch – gruene@gruene.ch
PC 80-26747-3
Auflage: 6000 Exemplare,
Redaktion: Eva Berger
Grafik: muellerluetolf.ch,
Druck: Bubenberg Druck
Fotos: Grüne Schweiz (2, 3), Nicola Bossart (1, 4), typisch.ch (5), Peter Schäublin/sbk-asi (6), Ruben Wyttenbach (7), Béatrice Devènes (8)

GRÜNES ENGAGEMENT MUSS WEITERGEHEN

Die Stimmbevölkerung hat der Unternehmenssteuerreform III (USR III) eine klare Abfuhr erteilt. Der Handlungsbedarf für eine Reform ist unbestritten. Gefragt ist nun eine Vorlage mit Augenmass, mehr Transparenz und dem Einbezug der Städte und Gemeinden.

Die Freude über das überaus deutliche Nein der Schweizer Stimmbevölkerung zur USR III war gross. Selbst die grössten Optimistinnen und Optimisten haben nie und nimmer mit einer derartigen Abfuhr für diese unausgewogene Vorlage gerechnet. Ganz klar – der Abstimmungserfolg ist ein Erfolg der Grünen, die sich mit starken Argumenten gegen eine Reform gewehrt haben, bei der der «Common Sense» für die Steuergerechtigkeit noch mehr strapaziert worden wäre. Es ist aber auch ein Erfolg der Städte und Gemeinden, die ich als Präsident der Konferenz der städtischen Finanzdirektorinnen und -direktoren (KSF) vertrete. Den Städ-



Balthasar Glättli, Daniel Leupi und Luzian Franzini (Co-Präsident Junge Grüne Schweiz) am Abstimmungsfest zur USR III.

ten und Gemeinden hätten bei einer Annahme der Vorlage hohe Steuerausfälle gedroht – im Abstimmungskampf ein wesentlicher Faktor.

Der Volksentscheid ist aber auch eine Klatsche für den Gewerbeverband und dessen Präsidenten Hans-Peter Bigler. Seine diffamierende Kampagne hat bei der Stimmbevölkerung nicht verfangen.

Nach dem Spiel ist vor dem Spiel

So schön der Erfolg am 12. Februar auch war – wir dürfen uns nicht auf den Lorbeeren ausruhen. Der Handlungsdruck ist gross, die Abschaffung des Sonderstatus ist unbestritten und für die betroffenen Unternehmen sowie auch für Kantone, Städte und Gemeinden braucht es rasch Rechts- und Planungssicherheit.

Gefordert ist eine Neuauflage mit Augenmass. Dazu gehören mehr Transparenz, keine Steuergeschenke an die Unternehmen, eine bessere Kompensation der Städte und Gemeinden für die erwarteten Ausfälle sowie deren Einbezug. Hierbei wurde ein erster Schritt getan: Immerhin wurden Städte und Gemeinden zu einer Anhörung über das weitere Vorgehen zur «Steuer Vorlage 17» eingeladen. Die Städte sind bereit, konstruktiv mitzuarbeiten.

Dass Bund und Kantone weiterhin an einem Steuerungsorgan ohne Städte und Gemeinden festhalten, ist indes unverständlich.

Kritisches Engagement gefragt

Es braucht rasch eine tragfähige Lösung, die sich im Rahmen der bisher diskutierten Massnahmen bewegt. Die Fehler aus der alten Vorlage dürfen nicht wiederholt werden – der Preis war zu hoch, die Vorlage war zu wenig ausbalanciert. Die Grünen haben früh darauf hingewiesen. Ganz ohne Einbussen dürfte aber auch eine neue Vorlage nicht gestaltet werden können. Daher braucht es in der Ausgestaltung eine gewisse Kompromissbereitschaft aller involvierter Akteure. Aussagen einzelner Befürworterinnen und Befürworter nach der Abstimmung lassen aber Zweifel an ihrer Lernbereitschaft aufkommen. Deshalb braucht es weiterhin das kritische Engagement der Grünen – und zwar auf allen Ebenen.

PUBLIC HEARING DER FRAKTION: WIE WEITER MIT DER USR III?

Mit dem Nein zur USR III hat die Stimmbevölkerung der bürgerlichen Parlamentsmehrheit im Februar die rote Karte gezeigt. Die Grünen fordern eine rasche Neuauflage mit Augenmass. Welche Punkte stehen für Grüne auf der nationalen, kantonalen und städtischen Ebene im Vordergrund? Die Grüne Bundeshausfraktion lädt ein zu einem öffentlichen Hearing.

Teilnehmende: Louis Schelbert (Nationalrat Grüne), Irène Kälin (Grossrätin und Fraktionspräsidentin Grüne Aargau), Daniel Leupi (Stadtrat/Finanzvorstand Zürich)

Moderation: Regula Rytz (Präsidentin Grüne)

Sprache: Deutsch

**Freitag, 19. Mai, 18.45 – 19.45 Uhr
Bern (Bollwerkstadt, Bollwerk 35)**

Im Anschluss Apéro – zur Planung ist eine Anmeldung an gruene@gruene.ch erwünscht.



Daniel Leupi
Stadtrat Grüne, Vorsteher Finanzdepartement der Stadt Zürich, Präsident der städtischen Finanzdirektorinnen und -direktoren (KSF)
[@danielleupi](https://www.instagram.com/danielleupi)

JA ZUR ENERGIESTRATEGIE

Nicht nur die Gegenkräfte der SVP und von Teilen der FDP, auch die ewiggestrige Atomlobby macht den Abstimmungssieg am 21. Mai ungewiss.

Grüne und AtomkritikerInnen aus fast 50 Organisationen haben sich im letzten Jahr ausgewunden. Mit Herzblut, Leidenschaft und Beharrlichkeit haben wir für die eindeutigste aller Lösungen zur Schweizer Energiewende gekämpft: den geordneten und verbindlich terminierten Atomausstieg. 1100 000 Stimmende sind der vielzitierten «Grünen Ausstiegsinitiative» gefolgt. So viele wie noch nie zu diesem Thema!

Können wir nach diesem historischen Marathonlauf nun entspannt Bundesrätin Leuthard den Vortritt lassen, damit sie am 21. Mai mit der CVP eine Art «kleinen Atomausstieg» mittels Energiestrategie 2050 (ES2050) über die Ziellinie schiebt? Werden sie so das Neubauverbot für Atomkraftwerke (AKW) und das Verbot der Wiederaufbereitung nuklearer Brennstäbe ins Trockene bringen? Lehnen wir uns

zurück, zumal das verzweigte Gesetzeswerk auch Schwächen hat, wie eine mangelhafte Solarstromförderung?

Militärischer Wahn

Nein, die anderen werden es nicht richten. Erstens hat es am 27. November 2016 nicht gereicht. Zweitens tritt die SVP gegen die ES2050 an. Sie hat die halbe FDP im Boot, sowie tausende familiär wirkungsmächtige Männer im bestandenen Alter. Diese machten im November den Unterschied. Genauso patriarchal und autokratisch stehen die Atomindustrien in Frankreich, Russland und China bereit. Sie kreditieren jedem Land gerne neue AKW. Alles, was sie vor Ort zusätzlich benötigen, ist die Überzeugungskraft nationalistischer Kreise. Siehe Ungarn, die Türkei und England, wo neue AKW gebaut werden. Klar, die Rechtskonservativen argumentieren wider alle öko-

nomische und ökologische Vernunft, stehen aber auch mit ungebrochener Starrköpfigkeit für eine zentralistische Energieversorgung ein. Das nicht zuletzt, weil jedes Atomkraftwerk auch ihren militärisch nuklearen Wahn bedient. Kurz: Atomkraft bleibt verführerisch, ein Gift.

Ziel in Reichweite

Es braucht uns also erneut, im Gespräch in den Social Media genauso wie auf der Strasse. Denn wir haben jetzt die seltene Chance, ein zentrales Anliegen, einen lang verfolgten, grossen Traum, endlich legislativ festzusetzen. Machen wir's!



Kaspar Schuler
ehem. Geschäfts- und
Klimakampagnenleiter von
Greenpeace Schweiz,
Kampagnenkoordinator der
Atomausstiegsinitiative
@KasparSchuler

DAS ENSI SPIELT MIT DER SICHERHEIT



Das Vertrauen ins Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (ENSI) wurde einmal mehr erschüttert. Die Ursache für die Schäden an den Brennelementen im Atomkraftwerk (AKW) Leibstadt ist nicht bekannt. Dennoch haben die Betreiber des AKW Mitte Februar nach sechs Monaten Stillstand vom ENSI den Freibrief für den Wei-

terbetrieb erhalten. Das ist verantwortungslos und unverständlich.

Die Grünen haben mit einer Aktion vor Ort protestiert und das werden wir wieder tun, wenn das ENSI nicht zur Vernunft kommt. Denn es ist nicht das erste Mal, dass das ENSI die Defizitängste der AKW-Betreiber vor die Sicherheit der Bevölkerung stellt und dort versagt, wo es nicht versagen darf. Deshalb fordern die Grünen eine Reform der Atomaufsicht. Die Sicherheit der Bevölkerung muss oberste und einzige Priorität haben. Auch das älteste AKW der Welt – Beznau I – soll nach Meinung des ENSI dieses Frühjahr wieder ans Netz dürfen. Das werden wir nicht zulassen. Weil das ENSI die Strahlenschutzbestimmungen falsch anwendet, lässt es die Wiederinbetriebnahme von Beznau zu, an-

statt eine Ausserbetriebnahme zu verordnen. Das ist fahrlässig.

Wo das ENSI versagt, muss die Bevölkerung ihr Recht auf nukleare Sicherheit einfordern. Das tut sie mit tatkräftiger Unterstützung der Grünen. Der Trägerverein «Beznau Verfahren» ist eine Stimme der Bevölkerung, die den rechtlichen Weg eingeleitet hat und verlangt, dass das ENSI seinen Entscheid korrigiert. Ob über die nationale oder die kantonale Politik oder den rechtlichen Weg: Die Grünen werden eine Wiederinbetriebnahme des AKW Beznau nicht hinnehmen.



Irène Kälin
Fraktionspräsidentin Grüne
Aargau, Präsidentin «Beznau
Verfahren»
@KaelinIrene

Unterstützen Sie den Verein «Beznau Verfahren». Weitere Informationen: beznauverfahren.ch

ERNEUERBAR STATT FOSSIL UND ATOMAR

Der Ausstieg aus der Atomenergie ist ein Einstieg in die erneuerbaren Energien. In Deutschland sind so hunderttausende Arbeitsplätze entstanden. Jetzt kann die Schweiz nachziehen.

Die Erhitzung des Klimas ist nicht mehr aufzuhalten, aber mit vielen Anstrengungen noch zu begrenzen. Dazu hat sich die Welt 2015 in Paris verpflichtet. Aber unter 1,5° Erwärmung zu bleiben wird immer schwerer. Deutschland unter Angela Merkel wird seine Klimaziele krachend verfehlen. Und in den USA hält Donald Trump die Klimaerhitzung für eine Erfindung der Chinesen. Ein Lichtblick ist inzwischen ausgerechnet China, das seine CO₂-Emissionen gebremst hat, massiv in Erneuerbare investiert, Kohlekraftwerke abschaltet und geplante Neubauten zu den Akten legt. Und das nicht aus Umweltbewusstsein. Sondern weil es für die vermögten Riesenstädte dringend notwendig ist – und weil es ökonomisch Sinn macht.

Erneuerbare wurden preiswert

Lange war die globale Energiewende Made in Germany. Inzwischen hat sie sich globalisiert. Die meisten Solar-Panels werden inzwischen in China produziert. Dabei war es die deutsche Energiewende, die die erneuerbaren Energien weltweit wettbewerbsfähig gemacht hat. Diese Erfolgsgeschichte begann mit dem Atomausstieg.

Als wir Grüne 1998 an die Regierung kamen, hatte die Anti-Atom-Bewegung endlich einen Anwalt in der Exekutive. Für uns war der Ausstieg aus der Atomstromerzeugung immer gleichzeitig ein Einstieg in die erneuerbaren Energien. Als wir im Jahr 2000 das Erneuerbare-Energien-Gesetz verabschiedet haben, wurden wir belächelt. Denn unser Ziel war ein Fünftel erneuerbare Energien im Stromsektor bis zum Jahr 2020. Heute kommt schon gut ein Drittel aus sauberen Energien. In Deutschland wurden in den letzten Jahren Milliarden Euro jährlich in neue Stromerzeugungsanlagen investiert. Entstanden ist eine exportstarke



Industrie, in der hunderttausende Menschen arbeiteten, in Europa sind es über eine Million. Das wichtigste Ergebnis aber war, dass die erneuerbaren Energien so weltweit preiswert wurden. Durch die stürmische Entwicklung und die damit verbundene technologische Lernkurve sank der Preis.

Schweiz setzt auf den Trabbi

Wir haben unsere ehrgeizigen Ziele übertroffen und die globale Energiewende mit eingeläutet – oft gegen die Interessen mächtiger Wirtschaftsverbände.

Diesen Kampf müssen wir jetzt auch in der Schweiz gewinnen. Denn aus diesem Aufbruch in das saubere Erneuerbare-Zeitalter wird nichts, wenn man mit der Atomenergie weiter auf eine Energie setzt, die im Neubau viermal so teuer ist wie der europäische Marktpreis und nur mit Milliarden an Subventionen überleben kann. Und sie wird nicht gewinnen, wenn man statt in die Zukunft zu investieren, verzwei-

felt Altanlagen am Netz hält.

Es ist, als wollte sich die Schweiz auf einen Trabant – den DDR-Trabbi – verlassen, nur weil er noch fährt. Weltweit boomen erneuerbare Energien. War die Atomenergie vorher schon nicht wettbewerbsfähig, so wird sie es immer weniger. Dass sie eine gefährliche Hochrisikotechnologie ist, ist spätestens seit Tschernobyl und Fukushima unstrittig.

Das ist der Grund, warum ihr Anteil an der Stromerzeugung in Europa sinkt und sinkt.

Wer nicht auf die Anti-AKW-Bewegung hört, wer nicht umsteigt – den bestraft der Markt. Der wird künftig massiv von Energieimporten abhängig werden. Wer dem entgegen möchte, muss sich aufmachen. Aussteigen aus Atom und Einsteigen in die Erneuerbaren.



Jürgen Trittin
Bundestagsabgeordneter
Bündnis 90/Die Grünen
1998 – 2005 Bundesminister für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit
@JTrittin

PFLEGEINITIATIVE

STARKE GESUNDHEITSPOLITIK GEHT NUR MIT STARKER PFLEGE

Nur wenn der Pflegeberuf attraktiv bleibt, kann eine gute und kompetente Versorgung aller PatientInnen langfristig sichergestellt werden. Mit der vor kurzem lancierten Pflegeinitiative gelingt das. Im Mai 2014 hat sich die Stimmbevölkerung mit 88 Prozent Ja-Stimmen für eine gute medizinische Grundversorgung ausgesprochen. Ganz zentral ist dabei auch die Pflege. Die Menschen werden immer älter und praktisch alle sind irgendwann auf eine gute Pflege



angewiesen. Doch diese steht unter Druck. Personal und Finanzen sind knapp und in den vergangenen fünf Jahren wurden in der Schweiz 10 000 Pflegefachpersonen zu wenig ausgebildet. Wenn sich nichts ändert, werden in naher Zukunft ausgebildete Pflegefachpersonen fehlen.

Das Thema betrifft alle

Gleichzeitig wird der Anteil der über 65-Jährigen in den kommenden 30 Jahren um eine Million ansteigen. Es wird mehr chronisch kranke und pflegebedürftige Menschen geben und der Druck auf die Pflege wird noch zunehmen. Im Januar 2017 lancierte der Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner SBK die Volksinitiative für eine starke Pflege. Die Initiative fordert eine allen zugängliche Pflege von hoher Qualität, mehr Patientensicherheit und mehr Autonomie für Pflegefachpersonen. Mit der Stärkung der Pflege wird endlich auch das Engagement der Pflegenden in den Fokus gerückt. Denn wie zentral und wertvoll ihre Arbeit ist, spüren wir immer dann am eindrucklichsten, wenn wir selber Pflege benötigen. Da sind es sehr oft gerade

die Pflegenden, die für das Wesentliche sorgen und die Patientinnen und Patienten ins Zentrum rücken. Pflege ist eine physisch und psychisch anstrengende, oft aufreibende Arbeit mit unregelmässigen Arbeitszeiten. Die Gehälter sind, gemessen an Anforderung und Verantwortung, oft zu tief.

Zentrales Element der Versorgung

Attraktive Arbeitsbedingungen, bessere Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten und individuelle und familienfreundliche Arbeitsmodelle sollen dafür sorgen, dass mehr junge Menschen und WiedereinsteigerInnen Pflegeberufe wählen. Die Pflege verdient als zentrales Element der medizinischen Versorgung unsere volle Unterstützung. Es ist selbstverständlich, dass sich viele Grüne für die Initiative engagieren und ich mich auch in der Gesundheitskommission mit aller Kraft dafür einsetzen werde.



Christine Häslér
Nationalrätin BE, Mitglied
Initiativkomitee
@Chrige_Haesler

Unterschriftenbogen: pflegeinitiative.ch

ALTERSVORSORGE 2020

GRÜNE ENTSCHEIDEN IM APRIL

Die Rentenreform «Altersvorsorge 2020» ist nach einem Abstimmungs-krimi unter Dach und Fach. Sie bringt neben wichtigen Verbesserungen auch Verschlechterungen. So wird das Frauenrentenalter auf 65 Jahre angehoben und der Umwandlungssatz für die Pensionskassenguthaben an die steigende Lebenserwartung angepasst – also gesenkt. Doch unter dem Strich können wir das Leistungsniveau halten und die Finanzierung der Sozialwerke sichern. Mit der Aufstockung der AHV-Renten und einer neuen Regelung für Teilzeit-

arbeit wird auch die Lebenssituation der Frauen konkret verbessert. Gerne wären wir Grünen weitergegangen. Dass die BVG-Renten der Frauen um 63 Prozent tiefer sind als die der Männer, ist stossend. Aber das ändern wir nicht mit einer dornenvollen Neuauflage der Reform. Nein, das ändern wir nur mit mehr Breite bei der Berufswahl, mit der Durchsetzung der Lohngleichheit und vor allem mit der besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die Geschäftsleitung der Grünen un-

terstützt den Rentenkompromiss und legt ihn Ende April der Delegiertenversammlung vor. Weiter will sie den Ball der UNIA aufnehmen, die eine «Subito-Initiative» für die Lohngleichheit vorantreiben will. Nur so kommen wir von den Rückwärtssaltos zu einer Vorwärtsstrategie.



Regula Tschanz
Generalsekretärin
Grüne Schweiz
@regulatschanz

ER PASSTE IN KEINE SCHUBLADE

Daniel Vischer, der frühere Grüne Nationalrat, starb am 17. Januar, einen Tag nach seinem 67. Geburtstag. Ein paar persönliche Worte von Balthasar Glättli.

Dani war seit meinem Beitritt zu den Grünen als 19-Jähriger für mich ein Vorbild, ein Sparringpartner, durchaus manchmal ein Ärgernis, und selten auch ein parteiinterner Gegner. Aber er war immer da, eine Referenz. Und ein sicherer Wert, wenn es darum ging, sicher Geglauhtes zu hinterfragen, den «Gottesdienst» gegenüber den angeblich einzig richtigen grünen Antworten innerhalb der Partei zu stören.

Ich habe ihn bald nach meinem Beitritt zu den Grünen näher kennengelernt, als Dani gegen Ernst Buschor für den Regierungsrat kandidierte. «Umwelt. Arbeit. Zukunft.» war das Motto, und das Wahlergebnis sollte, auch wegen eines unabhängigen dritten Kandidaten aus dem links-grünen Umfeld, diskussionslos schlecht sein. Als 21-jähriger junger Grüner begleitete ich Daniel freiwillig praktisch an jede Veranstaltung. Schrieb mit ihm zusammen – der Text ging in seinem Büro hin- und her zwischen uns – sein Wahlprogramm. Im Rückblick muss ich sagen: natürlich

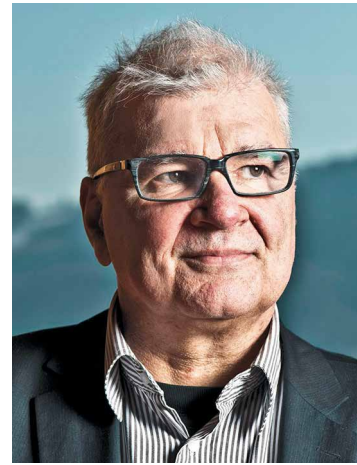
eine völlige Anmassung meinerseits. Und gleichzeitig ein Zeichen für die Geisteshaltung, die Daniel prägte: die Neugier, auch gegenüber unerwarteten Ideen. Die Bereitschaft, schon fast der Drang, sich infrage stellen zu lassen. Auch durch sich selbst.

Dani liebte die Debatte über alles. Und es war passend, dass er mir im Frühling 2015 das Buch «Der lange Sommer der Theorie» schenkte, eine Art bücherunterlegte Geschichte der 1968er-Jahre. Er lebte selbst immer noch in diesem langen Sommer, und ihm wurde kalt, wenn er merkte, dass Geschichte, Fragen, Debatte, Theorie nichts mehr zählten. Bücher waren für ihn geistige Rationen, und selten sah man ihn ohne ein Buch in der Hand herumschlendern.

In der Fraktion und im Nationalrat begegnete ich nicht nur dem be- und achteten Redner, der – durch den Krebs kurzatmiger und eher noch prägnanter geworden – sich von den früher geliebten weit ausgreifenden Verbalklamern trennen musste, in denen er den

Ort für seine Einwände gegen das eigene Argument zu schaffen gepflegt hatte. Ich begegnete in der Fraktion auch einem Kollegen, der Vorlagen mit knappen Worten in ihren Kontext, ihren geschichtlichen Zusammenhang zu stellen wusste – eine selten gewordene Begabung, das Wesentliche herauszuarbeiten, einzuordnen.

Dani wird nun so zu uns sprechen, wie wir ihn schon immer kannten. Er ging an Anlässen auf einen zu, sprach einen an, oft eine Variante der leninschen Frage «was tun?», und schritt weiter, an einem vorbei, und fuhr im Rücken des Angesprochenen fort. Entschwindend.



Balthasar Glättli
Fraktionspräsident Grüne,
Nationalrat ZH
@balthasarglaettli

DICKE LUFT IM SÜDEN

Jahr für Jahr ist der Kanton Tessin die am meisten verschmutzte Region der Schweiz. Die Ursachen der Luftverschmutzung sind vielfältig, hauptverantwortlich ist aber der Strassenverkehr. Leider ist es offenbar notwendig, dass die gesetzlichen Grenzwerte dauerhaft überschritten werden, damit endlich etwas gegen die Feinstaubbelastung unternommen wird – wie beispielsweise die Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Autobahn Chiasso–Lugano, das Fahrverbot für bestimmte Fahrzeugklassen oder dass die öffentlichen Verkehrsmittel für zwei Tage gratis benutzt werden dürfen. Diese Mass-

nahmen reichen aber nicht, um langfristig die Luftqualität zu verbessern. Die kantonale Verwaltung nimmt ihre Verantwortung nicht wahr. Mit mehreren Aktionen haben die Grünen Tessin die Bevölkerung auf die schwerwiegenden gesundheitlichen Folgen von Feinstaub aufmerksam gemacht. Dutzende LokalpolitikerInnen des gesamten politischen Spektrums haben schliesslich einen an den Regierungsrat gerichteten Brief unterschrieben, in dem wir einen Runden Tisch mit den GemeindepräsidentInnen der Region fordern, um Lösungen für das Problem zu finden.

Das blieb leider ergebnislos. Deshalb haben wir eine Petition lanciert, die fordert, dass das Problem der Luftverschmutzung umgehend angegangen und gelöst wird. Die Petition wurde von mehr als 1000 Personen unterzeichnet. Das zeigt, dass die Bevölkerung dem Thema gegenüber sehr sensibilisiert ist – die Grünen bleiben dran.



Jessica Bottinelli
Co-Präsidentin
Grüne Tessin,
Mitglied Parlament
Chiasso
@JeSicaBottineLi

WEICHENSTELLUNG

ANTWORTEN AUF DIE GROSSEN FRAGEN UNSERER ZEIT

Die Grünen sind die fünftstärkste Partei in der Schweiz und haben in ihrer über 30-jährigen Geschichte viel bewegt. In einer Zeit der globalen Umbrüche diskutieren wir gemeinsam über die Weichenstellung für die Zukunft.



Erfreuliche Wahlerfolge zum Start der #GrüneDebatte17.

Viele grüne Anliegen sind mitten in der Gesellschaft angekommen. Atomausstieg und Energiewende, gentechfreie Landwirtschaft oder die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gäbe es ohne Grüne ebenso wenig wie eingetragene Partnerschaften, Verkehrsverlagerung und kinderfreundliche Wohnquartiere. Ohne Grüne wäre die Schweiz mit bewaffneten Missionen in Afghanistan unterwegs und würde die Steuern für globale Konzerne weiter senken. Die Grünen haben die Schweiz, wie sie

heute ist, als Impulsgeberin geprägt und voran gebracht. Doch die Welt, in der wir uns bewegen, verändert sich rasant. Die Kombination von Deregulierung und Globalisierung schafft soziale Not und Abstiegsängste. Der zunehmende Graben zwischen arm und reich ist der Nährboden der Rechtspopulisten, die mit Abschottung und Ausgrenzung auf selbstgezümmerte Probleme antworten. «Take back control» zum Beispiel war der Leitspruch der Brexit-Bewegung in Grossbritannien. An deren Spitze standen die regierenden Tories, die mit

ihrer Deregulierungs- und Privatisierungswut den sozialen Zusammenhalt des Landes und den Service Public eigenhändig zertrümmert hatten. Als Reformkraft sind sie deshalb keine gute Adresse.

Grüne gegen Rechtspopulismus

Die zunehmende Polarisierung ist für die Grünen eine Herausforderung und eine Chance zugleich. Auf der einen Seite interessieren sich immer mehr Menschen (wieder) für die Politik. Sie

wollen das Auseinanderbrechen der Gesellschaft, den zerstörerischen Klimawandel und die Ausbreitung von gewalttätigen Konflikten, beispielsweise in der Türkei, stoppen. Auf der anderen Seite neigen Menschen in Umbruchsituationen dazu, kurzfristige Interessen in den Mittelpunkt zu stellen. Damit sinkt die Offenheit für ökologische Fortschritte.

Für die Grünen ist entscheidend, in dieser Umbruchsituation als Partei wahrgenommen zu werden, die mit Kopf, Herz und Rückgrat die Werte der Aufklärung (Demokratie, Grundrechte, Chancengleichheit) gegen den Rechtspopulismus verteidigt. Als Partei, die progressive Vorschläge für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, für soziale Sicherheit, globale Gerechtigkeit, Frieden und wirtschaftliche Innovation entwickelt und in breiten Bündnissen mehrheitsfähig machen kann. An diesen Lösungen wollen wir in diesem Sommer gemeinsam arbeiten. Helfen Sie mit, die Weichen für die Zukunft zu stellen!



Regula Rytz
Präsidentin Grüne Schweiz
@RegulaRytz

«EINE ANDERE WELT IST MÖGLICH»: HINTERGRÜNDE ZUR GRÜNEN DEBATTE

An **zwei nationalen Debattentagen** diskutieren die Mitglieder der Grünen und der Jungen Grünen am 24. Juni und am 9. September über die grossen Fragen der Zeit. Wie stärken wir Demokratie, Grundrechte, Frieden, Freiheit und gesellschaftliche Offenheit im Zeitalter des Rechtspopulismus? Wie sieht eine Wirtschaft für die Menschen im Zeitalter von Digitalisierung und

Globalisierung aus? Wie schaffen wir den Durchbruch in der Klima- und Ressourcenpolitik?

Auf der **Website** finden alle Mitglieder das detaillierte Programm und das Anmeldeformular: www.gruenedebatte.ch. Zudem werden die einzelnen Themen in die grüne Geschichte eingeordnet und mit Analysen von globalen DenkerInnen angereichert.

Die #GrüneDebatte17 soll auch der Start eines **nationalen Bildungs- und Parteaufbauprogramms** sein.

Mit Dienstleistungen für Sektionen und Mitglieder wollen die Grünen Schweiz den Know-How-Transfer innerhalb der Partei und die Verbindung zu Bewegungen, Kampagnenfachleuten und der Wissenschaft stärken.